

Public Private Partnership

Jahresbericht 2018
und Rückblick seit Vereinsgründung

Jahresbericht 2018 und Rückblick seit Vereinsgründung

Inhaltsübersicht

1.	Vorwort des Präsidenten	1
2.	Schwerpunkte des PPP-Modells in der Schweiz	2
2.1.	PPP-Geschäfte beim Bund 2018	2
2.2.	PPP im eidgenössischen Parlament	2
2.3.	Rückblick: Umsetzungen beim Bund gegenüber 2006 erleichtert	2
2.4.	PPP-Vorhaben in Kantonen und Gemeinden 2018	4
2.5.	Rückblick: Seit Vereinsgründung über 100 Vorhaben registriert	5
2.6.	PPP an Schweizer Hochschulen	6
3.	Weitere Aktivitäten des Vereins	7
3.1.	Referate und Beiträge anlässlich der Generalversammlungen im Frühjahr und Herbst 2018	7
3.2.	Rückblick: 30 Informationsveranstaltungen und Fachtagungen sowie 10 Fachschriften seit 2006	8
3.3.	Ausbau und Pflege der PPP-Wissensplattform	9
3.4.	Newsletter	9
3.5.	Artikel, Publikationen, Vorträge	10
3.6.	Kooperationen des Vereins	10
3.7.	Rückblick: Erfolgreiche PPP-Weiterbildungsseminare für Verwaltungen 2013 – 2015	10
4.	Mitglieder und Finanzen	11
4.1.	Mitgliederwesen, Mitgliederwerbung	11
4.2.	Finanzen	11
5.	Organe des Vereins, Experten und Gruppe italienische Schweiz	12
6.	Berichte aus dem Expertennetzwerk und den Fachgruppen	15

1. Vorwort des Präsidenten

Im Jahr 2018 setzte sich der Verein intensiv mit dem Erreichten und der Zukunft auseinander. Das PPP-Modell ist in der Schweiz heute gut verankert und wird bei grösseren Vorhaben und Aufgaben immer häufiger in Erwägung gezogen. Dazu haben die Publikationen und Veranstaltungen des Vereins in den vergangenen Jahren wesentlich beigetragen. Eine Standardisierung des PPP-Modells hat sich in manchen Teilbereichen fest etabliert. Die Bemühungen des Vereins haben mitgeholfen, dass Kernelemente des PPP-Modells beim Bund, bei der Beschaffungskonferenz des Bundes und bei vielen weiteren Verwaltungen als verbindliche Vorgaben eingeflossen und festgeschrieben sind. Das mit der Unterstützung vieler Experten erarbeitete Wissen ist öffentlich zugänglich. Der Verein hat damit die in ihn gesteckten Ziele weitgehend erreicht.

Dass die Ziele des Vereins erreicht wurden, ist vor allem das Verdienst all derjenigen Persönlichkeiten, die sich mit dem neuen Weg innerhalb und ausserhalb des Vereins auseinandersetzen und sich mit ihm und für ihn engagierten. Diese Persönlichkeiten aus der Verwaltung, der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft haben dem neuen Lösungsansatz im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens und der Erfüllung öffentlicher Aufgaben zum Durchbruch verholfen.

Mit dieser Bilanz als Grundlage beschloss die Mitgliederversammlung am Nikolaustag 2018, den Verein per Mitte 2019 aufzulösen. Der vorliegende Bericht blickt daher nicht nur auf das Jahr 2018 zurück, sondern gleichzeitig auf die wichtigsten Aktivitäten in der Zeitspanne seit der Gründung des Vereins im Jahr 2006.

So bleibt mir, zu danken: Den Vereinsmitgliedern und Sponsoren, die mit ihren Beiträgen unsere Einsätze überhaupt ermöglichten; den Politikerinnen und Politikern und allen Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, die sich für den neuen Weg öffentlich-privater Partnerschaften engagierten und ihm das Terrain ebneten. Mein herzlicher Dank gilt schliesslich den Vorstandsmitgliedern, allen Expertinnen und Experten sowie allen Funktionären für ihre Arbeit und ihren grossen, vorbildlichen Einsatz.



Lorenz Bösch, Präsident

2. Schwerpunkte des PPP-Modells in der Schweiz

2.1. PPP-Geschäfte beim Bund 2018

Im Jahr 2018 sind bedeutende Teilelemente des PPP-Modells an verschiedenen Orten in Handlungsgrundsätze des Bundes eingeflossen, so zum Beispiel in die Leitsätze für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen, die die Beschaffungskonferenz des Bundes BKB überarbeitet hat. Darin ist unter anderem festgehalten, dass unter den Lebenszykluskosten neben den Anschaffungs-, Betriebs- und Unterhaltskosten auch die indirekten Kosten verstanden werden, welche durch die Produktion, den Betrieb und die Entsorgung entstehen. Gleichzeitig wird bestimmt, dass die öffentliche Hand innovative Lösungen anstösst, z. B. durch funktionale Ausschreibungen oder den prä-kompetitiven Dialog mit der Branche, und dass sie einen Teil des Entwicklungsrisikos mitträgt.

Eine erste öffentlich-private Kooperation nach dem PPP-Modell hat der Bund, vertreten durch Agroscope, das Kompetenzzentrum für die Forschung in der Land- und Ernährungswirtschaft, zusammen mit dem Verband Schweizer Milchproduzenten SMP, dem Dachverband der gewerblichen Käsereien Fromarte und 14 Sortenorganisationen unter der Bezeichnung Liebefeld Käsekulturen gegründet. Ihr Ziel besteht darin, die langfristige Reproduktion der für Schweizer Käse bedeutenden Bakterienkulturen zugunsten der Schweizer Hersteller zu sichern. Wie bisher pflegt Agroscope die Stammsammlung und reproduziert die Kulturen für die Schweizer Käsereien, inskünftig aber im Auftrag der Milchbranche. Wie der damalige Wirtschaftsminister Bundesrat Johann Schneider-Ammann bei der Vertragsunterzeichnung Ende November 2018 festhielt, hat die Zusammenarbeit Modellcharakter für den Agrarsektor und hilft, einzigartiges wissenschaftliches Knowhow für die Schweizer Milchwirtschaft in der Schweiz zu sichern.

Auch das Bundesamt für Sport BASPO setzt sich mit dem PPP-Modell auseinander: So war der Präsident des Vereins eingeladen, an einem Weiterbildungskurs auf Hochschulstufe zum Thema Sportanlagen darzulegen, dass sich das PPP-Modell als Lösung auch für kommunale Sportanlagen eigne.

In Bezug auf eine erneute Mitgliedschaft des Bundes im Verein konnten 2018 leider keine Fortschritte verzeichnet werden. Ein Antrag an die Adresse des Bundesamtes für Bauten und Logistik BBL für einen erneuten Beitritt des Bundes zum Verein blieb unbeantwortet.

2.2. PPP im eidgenössischen Parlament

Im Mittelpunkt unseres Interesses stand 2018 der Ausgang der Debatten rund um die Botschaft des Bundesrats zur Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen BöB. In Abstimmung mit der parlamentarischen Gruppe wurde daher auf andere Aktivitäten im Parlament verzichtet.

Die Umsetzung öffentlich-privater Partnerschaften nach dem PPP-Modell war bislang aus gesetzgeberischer Sicht möglich, wenn auch etwas erschwert, was zu unnötigem Zusatzaufwand von Verwaltung und privaten Interessenten führte. Der Verein hat sich deshalb seit Jahren für eine Vereinfachung engagiert. Die nun vom Parlament revidierte Fassung enthält wie oben beschrieben bedeutsame Veränderungen.

2.3. Rückblick: Umsetzungen beim Bund gegenüber 2006 erleichtert

Die Schweiz hat eine lange Tradition der Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Privatwirtschaft. Trotzdem bestanden bis zum Beginn der Jahrtausendwende nur zögerliche Ansätze, neue Wege insbesondere bei der Beschaffung, aber auch bei der Lösung öffentlicher Aufgaben zu beschreiten. Während sich Public Private Partnership weltweit zu einem wichtigen Lösungsansatz für komplexe öffentliche Aufgaben entwickelte, waren in der Schweiz konzeptionelle

Grundlagen zu PPP bis dahin äusserst rar und in der Praxis kaum vorhanden. 2004 hat sich eine Gruppe aus Vertretern der öffentlichen Hand und der Wirtschaft zu einem intensiven und fruchtbaren Gedankenaustausch über PPP in der Schweiz zusammengefunden und 2005 die Grundlagenstudie «Public Private Partnership in der Schweiz»¹⁾ herausgegeben. Die Zielsetzung dieses Werks bestand darin, «... Politik, Verwaltung und Wirtschaft dafür zu sensibilisieren sowie ein PPP-Kompetenznetzwerk zu schaffen».

Am 19. Mai 2006 gründeten Vertreter der Schweizer Eidgenossenschaft, einzelner Kantone und Städte sowie der Wirtschaft den Verein PPP Schweiz. Seine Ziele bestanden darin, PPP als mögliches Realisierungsmodell für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben in der Schweiz zu verankern und die Standardisierung zu fördern. Zudem galt es, PPP als Qualitätsstandard der Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft zu positionieren und die öffentliche Hand zu motivieren, PPP als methodische Grundlage anzuwenden, um die immer komplexer werdenden Aufgabenstellungen zu überprüfen und zu optimieren.

Ein vom Verein 2007 in Auftrag gegebenes Positionspapier zeigte auf, dass das schweizerische Recht in Bezug auf Zusammenarbeitsformen mit Privaten im Allgemeinen sehr offen formuliert ist und in diesem Sinn grundsätzlich auch PPP zulässt. Die gesetzgeberische Herausforderung lag daher weniger dabei, Schranken zu überwinden, als im Erleichtern, Fördern, Klären und Legitimieren von PPP-Vorhaben. Der Verein ortete damals Handlungsbedarf hauptsächlich in den Bereichen Beschaffungs- und Finanzrecht.

Beim Beschaffungsrecht hat der Bund zusammen mit den Kantonen wichtige von uns unterstützte Änderungen aufgenommen. Das vom Parlament in der Wintersession 2018 diskutierte revidierte Gesetz beinhaltet für öffentlich-private Partnerschaften nach dem PPP-Modell zwei kleine, aber bedeutsame Verbesserungen, nämlich das Recht, dass die Auftraggeberin mit Anbietern Verhandlungen führen kann und bei komplexen Aufträgen ein Dialog geführt werden darf. Dadurch werden Projekte im Sinn des Vereins deutlich erleichtert.

Beim Finanzrecht galt es insbesondere zu klären, wie PPP-Projekte unter dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2) darzustellen sind. Für das PPP-Modell sind keine doppelten Abschreibungen vorzunehmen, wie nach dem PPP-Pilotvorhaben «Neumatt» in Burgdorf befürchtet wurde, aber klare Vorgaben einzuhalten. Das schweizerische Rechnungslegungsgremium für den öffentlichen Sektor SRS-CSPCP hat 2013 entsprechende Standards festgelegt und damit für eine wichtige Klärung gesorgt.

Eine verwaltungsintern bedeutende Hilfestellung entstand mit der 2008 verabschiedeten Teilrevision der Finanzhaushaltverordnung (FHV):

Art. 52a^a Zusammenarbeit mit Privaten («Public Private Partnership»)

(Art. 39 und 57 FHG)

¹ Die Verwaltungseinheiten prüfen bei der Aufgabenerfüllung in geeigneten Fällen die Möglichkeit einer vertraglich geregelten längerfristigen Zusammenarbeit mit privaten Partnern.

² Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) regelt die Einzelheiten in Weisungen.

¹ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 5. Dez. 2008, in Kraft seit 1. Jan. 2009 (AS **2008** 6455).

Damit wurden die Rahmenbedingungen für gemischtwirtschaftliche Vorhaben beim Bund verbessert und der Grundstein dafür gelegt, dass konventionellen Realisierungsmodellen das PPP-Modell gegenübergestellt wird bzw. werden sollte.

1) Public Private Partnership in der Schweiz, Grundlagenstudie – Ergebnis einer gemeinsamen Initiative von Wirtschaft und Verwaltung, Bolz U. (Hrsg.), Schulthess Verlag, 2005

Der Leitfaden zu Partnerschaften von Staat und Wirtschaft im Bereich E-Government und IKT, der 2012 von E-Government Schweiz herausgegeben wurde, basierte auf verschiedenen Publikationen auch des Vereins und unterstützte Projektverantwortliche und Projektleitende in Verwaltung und Wirtschaft in ihrer Tätigkeit.

Eine weitere wichtige Hilfe sind die bereits erwähnten neuen Leitsätze für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen der Beschaffungskonferenz des Bundes BKB.

Seit 2006 führten Delegationen des Vorstands Gespräche zur Förderung des PPP-Modells mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement EFD, dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS, der Finanzkontrolle und zahlreichen Bundesämtern, so mit demjenigen für Raumentwicklung ARE, für Bauten und Logistik BBL, für Rüstung armasuisse, für Strassen ASTRA, für Umwelt BAFU und für Verkehr BAV.

In dieser Zeitspanne wurden nicht weniger als 34 parlamentarische Vorstösse zur Anwendung des PPP-Modells beim Bund eingereicht, die zusammen mit einer Vielzahl von Stellungnahmen und Positionsbezügen den Verwaltungen von Bund und den Kantonen signalisierten, die bisher üblichen Lösungswege zu überdenken. Die Vorstösse und Dokumente einzeln aufzulisten sprengt den hier verfügbaren Raum. Sie sind aber nach Jahren geordnet auf der Wissensplattform des Vereins im Internet zugänglich.

2.4. PPP-Vorhaben in Kantonen und Gemeinden 2018

Der Kanton Bern hat seine Bestimmungen über die Steuerung von Finanzen und Leistungen nach einer Motion aus FDP-Kreisen für das PPP-Modell wieder vereinfacht. Obwohl die Erfahrungen rund um das Verwaltungszentrum Neumatt in Burgdorf durchwegs positiv sind, wurde das Finanzhaushaltsrecht 2017 für öffentlich-private Partnerschaften verschärft. So belasteten PPP-Vorhaben fortan neben der ordentlichen Haushaltsrechnung auch die Investitionsrechnung. Dank der besagten Motion wurde mit Beschluss des Grossen Rats Ende November 2018 eine Ausnahme zu den rechnungslegerischen Normen gutgeheissen, die PPP-Projekte im Kanton Bern nun wieder ermöglichen.

Das nationale Kompetenzzentrum für translationale Medizin und Unternehmertum sitem-inse! AG, dessen Bau auf dem Areal des Inselspitals in Bern 2017 in nur 22 Monaten erstellt wurde, wird im Mai 2019 wie geplant bezogen. sitem-Insel hat die Förderung der Innovation im Bereich der Medizin zum Ziel und wurde auf der Basis des PPP-Modells ins Leben gerufen. Partner sind neben der Uni Bern verschiedene Stiftungen und private Unternehmungen.

Die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für die Genfer Seequerung wurden nach einer kurzen Unterbrechung im Vorfeld der Regierungsratswahlen fortgesetzt. Der Konsultativrat, in dem der Verein mitwirkte, verabschiedete eine Reihe von Empfehlungen für das Pflichtenheft des Vorprojektes und das Projekt.

In Biel soll ein neuer Sportkomplex im Bözingenfeld, nahe der Tissot Arena, entstehen. Geplant ist der Bau zweier Multifunktionshallen, die das durch das Bevölkerungswachstum der letzten Jahre ausgelöste Problem der fehlenden Sporthallen der Stadt lösen könnten. Im Rahmen der Projektierung soll geprüft werden, ob das Vorhaben nach dem PPP-Modell realisiert werden könnte.

In der Stadt Zürich soll in den nächsten Jahren ein modernes Wassersportzentrum samt Mole und Hafen nach dem PPP-Modell realisiert werden. Die Kosten von rund 40 Millionen werden von vier Partnern getragen: Die Stadt Zürich, drei Segelclubs, die Kibag AG und die Mobilversicherung kommen dafür auf. Die Beratung im Gemeindeparlament wird voraussichtlich ab 2020 stattfinden. Wenn keine ungeplanten Verzögerungen auftreten, könnte der Hafen im Jahr 2023 in Betrieb genommen werden.

Der geplante Start für die Realisierung des PPP-Projekts Théâtre du Jura im Zentrum von Delsberg hat eine kleine Verzögerung erfahren. Die Baubewilligung wurde 2018 erteilt, doch der Baubeginn hat sich nach dem Rückzug eines Grossverteilers als Investor um rund ein halbes Jahr verzögert und ist nun für Frühjahr 2019 vorgesehen. Die HRS Real Estate AG als Totalunternehmerin plant, neben dem Theater und einem Einkaufszentrum auch eine Einstellhalle von 270 Parkplätzen (davon 140 öffentlich), Gewerbeflächen und 108 Wohnungen zu realisieren. Die erste Theatersaison ist gemäss Planung für 2021 vorgesehen. Für das Vorhaben sind Investitionen von rund 100 Millionen Franken erforderlich.

Die Stadt Lugano hat im Herbst 2018 für das geplante Sport- und Eventzentrum Cornaredo einen Investorenwettbewerb gestartet, der in drei Phasen über die Bühne geht: Als ersten Schritt im per Mitte Januar 2019 abgeschlossenen Präqualifikationsverfahren konnten sich potenzielle Investorengruppen bewerben, die sich im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft als Partner aus dem privaten Sektor am Bau des neuen Sport- und Veranstaltungszentrums beteiligen möchten. In der zweiten Phase werden in Frage kommende Wettbewerber auf der Grundlage von Eignung, Referenzen und einem ersten wirtschaftlichen Angebot eingeladen, ein verbindliches und endgültiges Angebot für die Realisierung einzureichen. In der dritten Phase werden dann die in der vorherigen Phase ausgewählten Investoren aufgrund der von der Wettbewerbsbehörde festgelegten Bestimmungen ein verbindliches wirtschaftlich-finanzielles Angebot unterbreiten.

Im Herbst 2017 wurde die letzte Phase des Marktverfahrens zur Benennung des privaten Partners für das regionale Wassersportzentrum Morges eingeleitet. Die vier vorqualifizierten Gruppierungen hatten bis April 2018 Gelegenheit, ihr Angebot einschliesslich eines architektonischen Projekts, eines Nutzungskonzepts und eines finanziellen Angebots vorzulegen. Zwei der vier konkurrierenden Gruppen reichten ein Angebot ein, das ausserhalb des vorgegebenen finanziellen Rahmens lag. Der Verwaltungsrat der Centre Aquatique Région Morges SA (CARM) beschloss, das bisher öffentlich durchgeführte Verfahren zu beenden und den beiden Gruppen eine zusätzliche Frist einzuräumen, um ihre ansonsten ausgezeichneten Projekte dem finanziellen Rahmen anzupassen. Das Siegerprojekt, das Ende November 2018 öffentlich präsentiert wurde, stiess auf breite Unterstützung für seine architektonische Qualität und sein Nutzungskonzept. 2019 gilt es, die Finanzierung des Vorhabens abschliessend zu klären. Die Trägerschaft hofft, dass die Baugenehmigung bis Ende 2020 vorliegt.

Grünes Licht für die PPP-Tiefgarage im Zentrum von Yverdon-les-Bains: Der Gemeinderat der Stadt Yverdon-les-Bains hat ein Investitionsdarlehen von 15,9 Mio. Franken für Infrastrukturarbeiten und Planungskredite für die Realisierung eines unterirdischen Parkhauses im Stadtzentrum gutgeheissen. Damit kann die Umsetzung des PPP-Vorhabens in Kooperation mit den Tochtergesellschaften der Marti und der Amag-Gruppe starten, die 54,5 Mio. Franken für die Baukosten bereitstellen. Die Bauarbeiten werden gemäss Planung 2020 beginnen, die Inbetriebnahme der Tiefgarage ist für 2023 vorgesehen.

2.5. Rückblick: Seit Vereinsgründung über 100 Vorhaben registriert

In den 13 Jahren seit Gründung des Vereins konnte dieser die Entstehung von über 100 möglichen neuen PPP-Vorhaben beobachten und jährlich kommen neue Projekte dazu. 30 dieser Vorhaben wurden vorzeitig abgesagt, bei weiteren 28 Projekten leisteten Experten des Vereins kostenfreie Entscheidungshilfen, die mehrheitlich zu einem Abbruch der Übung führten, 9 Vorhaben sind derzeit noch in einem Vorprojektstadium. 26 Projekte aber wurden oder werden unter Berücksichtigung der PPP-Kernelemente realisiert und sind auf der Wissensplattform des Vereins im Internet portraitiert. Eine besondere Stellung nimmt dabei das kantonale Verwaltungszentrum «Neumatt» in Burgdorf ein, dessen Planung, Realisierung und Betrieb vom Verein PPP Schweiz im «Praxisleitfaden Hochbau»²⁾ analysiert und ausgewertet wurde.

2) Praxisleitfaden Hochbau mit Erfahrungsbericht Pilotprojekt Neumatt / BE, Verein PPP Schweiz (Hrsg.), Bolz U./Kunzmann M./Wilhelm Th. et al., Schulthess Verlag, 2011

2.6. PPP an Schweizer Hochschulen

Die Universität Bern bietet im Rahmen der Weiterbildungsstudiengänge Executive Master of Public Administration (MPA) und CeMaP regelmässig Ausbildungsgefässe zu PPP an. Das PPP-Modell wurde 2018 im Executive MPA behandelt (Verantwortung Prof. Dr. A. Lienhard). Der Kurs wird auf beiden Stufen von Dr. U. Bolz durchgeführt.

Die Eidgenössische Hochschule für Sport Magglingen EHSM veranstaltet zusammen mit dem Institut für Sportwissenschaft ISPW der Universität Bern und der Hochschule Rapperswil einen CAS-Weiterbildungslehrgang für Sportanlagen. Für den Lehrgang 2018 – 2020 wurde Lorenz Bösch, Präsident des Vereins PPP Schweiz eingeladen, darzulegen, ob PPP als Lösung für kommunale Sportanlagen geeignet sei.

In der Rückschau lässt sich feststellen, dass sich heute im Vergleich zu den 90er Jahren die meisten kantonalen Hochschulen und etliche Fachhochschulen mit dem PPP-Modell auseinandersetzen, dass aber nur die eidgenössischen Hochschulen und die Universität Bern regelmässig Studiengänge und Weiterbildungen zum Thema anbieten.

3. Weitere Aktivitäten des Vereins

3.1. Referate und Beiträge anlässlich der Generalversammlungen im Frühjahr und Herbst 2018

Mit Investitionen von rund 30 Milliarden Franken soll **Cargo sous terrain**, ein weltweit neues, unterirdisches Gesamtlogistiksystem in einem PPP-ähnlichen Modell entstehen, das an einer Informationsveranstaltung am 15. Mai 2018 des Vereins öffentlich diskutiert wurde. Die bestehende Verkehrsinfrastruktur soll damit entlastet und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft begünstigt werden.

Wie Peter Sutterlüti, Präsident des Verwaltungsrates der Cargo sous terrain AG ausführte, stehen die Realisierungschancen für dieses einzigartige Vorhaben sehr gut. Das Projekt besteht aus einem unterirdischen Transporttunnelsystem zwischen den grösseren Zentren nördlich der Alpen und einer umweltschonenden Feinverteilung in Städten und Industriegebieten. CST soll die Zahl der schweren Lastwagen auf bestehenden Verkehrswegen um 40 Prozent, den Güterverkehr in den Städten um bis zu 30 Prozent reduzieren.

Diese Absichten wurden von Daniel Müller-Jentsch, Verkehrsexperte von Avenir Suisse, skeptisch beurteilt. Cargo sous terrain setze mit dem starken Hardware-Ansatz in Form aufwändiger neuer Infrastrukturen Prioritäten, die fragwürdig seien. Der Neubau eines parallelen Systems wäre tendenziell teurer als die Erweiterung bestehender Verkehrsnetze. Die bei der Fertigstellung des CST-Vorhabens völlig neue Mobilitätswelt, die wir heute erst in Ansätzen kennen würden, verlange neue, intelligente Softwarelösungen, betonte Müller-Jentsch. In der vorhandenen Infrastruktur würden enorme Kapazitätsreserven schlummern, die sich durch technologische Innovationen und durch preisliche Anreize erschliessen liessen.

Die Mobiliar als älteste private Versicherungsgesellschaft der Schweiz ist zusammen mit weiteren nationalen und internationalen Investoren Aktionärin der CST AG, und, wie Andreas Hölzli, Leiter des Kompetenzzentrums Cyber Risk der Mobiliar ausführte, interessiert an sicheren, langfristigen Anlagemöglichkeiten und zugleich an einer nachhaltigen Entwicklung. Nachhaltig aus Sicht der Investitionen, aber auch im Sinne der gesamten Gesellschaft, welche auf zukunftsfähige Infrastrukturen angewiesen sei.

Wie Lorenz Bösch, Präsident des Vereins PPP Schweiz darlegte, hat sich der Verein bereits vor neun Jahren erstmals mit der für die Schweiz wichtigen Güterverkehrsfrage der Zukunft auseinandergesetzt. Aus der 2001 von der Fachhochschule Nordwestschweiz entwickelten Idee «Swiss CargoTube», einem unterirdischen Tunnelsystem quer durch die Schweiz, ist «Cargo sous terrain» entstanden, über dessen Zukunft in der nächsten Phase die eidgenössischen Räte befinden würden.

Im Anschluss an die Generalversammlung vom 6. Dezember 2018 setzte sich der Verein PPP Schweiz mit einem besonders aktuellen Thema auseinander und kam dabei zum Schluss, dass der **Weg zur Digitalisierung der Verwaltung noch weit und beschwerlich** sei. Wie Cédric Roy, Leiter der Geschäftsstelle E-Government Schweiz ausführte, komme die Umsetzung des Schwerpunktplans von Bund, Kantonen und Gemeinden seit 2016 gut voran. Im internationalen Vergleich liege die Schweiz allerdings zurück, insbesondere was die Verfügbarkeit von Basisdiensten betreffe. Wie aufwändig es ist, schweizweit neue Dienstleistungen einzuführen, zeigt das Beispiel der Umzugsmeldung im Internet, das 2013 vom Kanton Zürich an die Hand genommen wurde. Die elektronische Abwicklung des Umzugsprozesses war Ende 2018 in neun Kantonen möglich. Für die Ausbreitung von eUmzug in der ganzen Schweiz, die noch bis 2020 dauern wird, sind letztlich die Kantone, vor allem aber die Städte und Gemeinden verantwortlich.

Die Organisation eOperations Schweiz, die der Geschäftsführer Daniel Arber präsentierte, wurde im Rahmen von E-Government Schweiz aufgebaut und ist seit 2018 als Dienstleisterin von und für Gemeinwesen tätig. Sie bündelt die Bedürfnisse nach IT-Dienstleistungen, beschafft sie bei den Lieferanten und dient als Ansprechstelle für die Gemeinwesen. «Die Verwaltung ist

auf dem Weg zur Digitalisierung gut beraten, sich mit der Privatwirtschaft auszutauschen und deren Erfahrungen zu nutzen», betonte Arber. Dazu suche eOperations den Dialog und den Erfahrungsaustausch mit der Wirtschaft.

Ohne Digitalisierung werde die Schweiz ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihren Wohlstand verlieren, stellte Christian Hunziker, Geschäftsführer von swissICT, dem Fachverband für Anwender, Anbieter und Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie fest. Die Grundlagen zur Digitalisierung der Verwaltung würden mit der Strategie 2020 bis 2023 des Bundes geschärft. Bedeutungsvoll sei dabei das Leitbild «Digital first», mit dem der digitale Kanal priorisiert werden soll. Die Verwaltungen sollen Informationen und Dienste künftig primär digital zur Verfügung stellen. Die Industrie könne sie mit ihrem Wissen unterstützen und sei bereit, noch vermehrt bei Problemlösungen mitzuarbeiten.

Mehrere Faktoren in der öffentlichen Verwaltung der Schweiz erschweren die Umsetzung der Digitalisierung und tragen damit zur mittelmässigen internationalen Positionierung der Schweiz bei. Christian Burkhalter, beratender Partner der Inneco AG, erläuterte diese Faktoren mit Beispielen aus dem Verwaltungsumfeld. Dennoch glaubt er, dass die Schweiz im eGovernment-Vergleich 2018 der EU zu schlecht wegkomme, da nur acht Bereiche verglichen wurden. In vielen anderen Projekten würde die Digitalisierung erfolgreich umgesetzt. Dr. Roland Charrière vom Bundesamt für Gesundheit BAG erörterte anhand von aktuellen Beispielen, wie herkömmliche Datenbanken durch moderne Portallösungen abgelöst werden. Dabei zeigte er auf, dass Potenzial besteht für die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft zur Umsetzung von eGovernment-Projekten mit gegenseitigem Nutzen.

Nach Überzeugung von Guido Grütter, Gemeindepräsident von Münchwilen und Thurgauer Kantonsrat, braucht es mehr als eine E-Government-Strategie des Bundesrates, es brauche kooperative E-Government-Planung und -Führung über alle Staatsebenen hinweg und damit einen «roten Faden». Dazu gehören aus seiner Sicht unter anderem eine E-ID, ein elektronischer Identitätsnachweis für Private und Unternehmen, der Schutz persönlicher Daten durch Cyber Security, keine digitale Konservierung des Bestehenden, sondern Veränderung von Geschäftsprozessen, öffentlich-private Kooperationen und verstärkte Bildungsinvestitionen in die ICT-Ausbildung. Nicht Bekenntnisse seien nötig, sondern klare Ziele, eine wirkungsvolle Führung und ein professionelles Projektmanagement, so Grütter.

3.2. Rückblick: 30 Informationsveranstaltungen und Fachtagungen sowie 10 Fachschriften seit 2006

Seit seiner Gründung 2006 hat der Verein PPP Schweiz 30 Fachtagungen oder öffentliche Informationsveranstaltungen rund um das Thema der öffentlich-privaten Partnerschaften nach dem PPP-Modell durchgeführt und dafür Experten und kompetente Persönlichkeiten aus der Praxis und mit unterschiedlichen Blickwinkeln verpflichtet. Deren Beiträge sind im Veranstaltungsarchiv des Vereins im Internet verfügbar.

In der gleichen Zeitspanne hat der Verein zehn Publikationen und Fachschriften rund um das Thema PPP herausgegeben:

- Leitfaden PPP-Eignungstest für Schweizer Hochbauprojekte mit Exkursen zu Tiefbau- und Dienstleistungsprojekten, Urs Bolz / Lukas Summermatter / Daniel Strecker, 2006
- Gesetzgeberischer Handlungsbedarf in der Schweiz, Urs Bolz / Isabelle Häner / Ulrich Keusen / Marcel Bischof / Andreas Lienhard, 2008
- Wirtschaftlichkeit von Aufgabenauslagerungen im öffentlichen Sektor mit besonderer Berücksichtigung der Armeelogistik, Marc Ehrensperger / Urs Bolz / Aline Stoll, 2008
- Möglichkeiten zur Finanzierung von PPP-Infrastrukturprojekten in der Schweiz, Daniel Gutmann / Adrian Lehmann / Alex Meyer / Christian Moser / Peter Reimann /

Niklaus Scheerer / Dan Bihi-Zenou / Christian Kummert / Romeo Minini / Ludo Schockaert / Frank Wachner, 2009

- PPP - Was fehlt zum Durchbruch?, Jakob Baumann / Urs Bolz / Guido Grütter / Thomas Kieliger / Andreas Lienhard / Giorgio Macchi / Fabienne Marti Locher / Ueli Maurer / Thomas Pfisterer / Peter Rohner / Reto Steiner / Martin Weber, 2010
- Public Private Partnership (PPP) - Praxisleitfaden Hochbau mit Erfahrungsbericht Pilotprojekt Neumatt/BE, Projektleitung: Urs Bolz (Projektleiter) / Melanie Kunzmann / Thomas Wilhelm, Autoren: Andreas Baur / Andreas Bergmann / Stefan Bingisser / Marcel Bischof / Urs Bolz / Lorenz Bösch / Ulrich Keusen / Melanie Kunzmann / Hansruedi Müller / Thomas Müller-Tschumi / Anna Elena Schürmann / Thomas Wilhelm, 2011
- Alternative Finanzierungsmöglichkeiten für kleinere und mittlere öffentliche Investitionsvorhaben in der Schweiz, Urs Bolz / Melanie Kunzmann / Michael Schultze-Rhonhof, 2013
- Die Bedeutung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei öffentlichen Bauvorhaben – mit besonderer Berücksichtigung von PPP, Urs Bolz / Michael Schultze-Rhonhof, 2015
- PPP-Pilotprojekt Verwaltungszentrum Neumatt Burgdorf - Erkenntnisse aus 3 Jahren Betriebserfahrung, Urs Bolz / David Wüest-Rudin, 2015
- Public Private Partnership (PPP) - Praxisleitfaden Hochbau, Überarbeitung 2016

Zum Werdegang des Schweizer PPP-Pilotprojektes für das kantonale Verwaltungszentrum «Neumatt» in Burgdorf wurde auch ein Video bereitgestellt. Alle Publikationen des Vereins sind auf der Wissensplattform im Internet in elektronischer Form verfügbar. Allein vom PPP-Praxisleitfaden Hochbau, der mittlerweile als Standardwerk für PPP-Praktiker in der Schweiz gilt, wurden in erster und zweiter Auflage rund 1'200 Exemplare in deutscher und französischer Sprache verkauft bzw. in elektronischer Form bezogen.

3.3. Ausbau und Pflege der PPP-Wissensplattform

Dieser erneut wichtige Teilbereich der Arbeit des Vereins hätte auch 2018 ohne die finanzielle Unterstützung durch Sponsoren in dieser Form nicht geleistet werden können. Der Verein dankt der HRS Real Estate AG (www.hrs.ch) und der Capvest Advisors SA (www.capvest.ch) für ihre ausserordentlich wertvolle Unterstützung der Wissensplattform.



3.4. Newsletter

Mit vier Ausgaben des elektronischen Newsletters hat der Verein 2018 seine Mitglieder und rund 3'000 Schlüsselpersonen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft über aktuelle und wichtige Veränderungen im Umfeld des PPP-Modells und des Vereins ins Bild gesetzt. Die vielen positiven Rückmeldungen zeigen, dass diese Informationen von den Empfängern sehr geschätzt wurden.

3.5. Artikel, Publikationen, Vorträge

2018 trat der Verein auch mit publizistischen Beiträgen in Erscheinung:

Autor	Publikation	Erscheinung
Geschäftsstelle	Welche Wege des Güterverkehrs der Zukunft führen zum Ziel? Kurzbericht zur Informationsveranstaltung vom 15. Mai 2018	Tages- und Fachmedien
Lorenz Bösch	Fatales Systemversagen beim Einsturz der Autobahnbrücke in Genua	Tagesmedien
Geschäftsstelle	Weg zur Digitalisierung der Verwaltung noch weit und beschwerlich. Kurzbericht zur Informationsveranstaltung vom 6. Dezember 2018	Tages- und Fachmedien
Bernhard Eicher	Dissertation u. a. zum Thema PPP mit dem Titel «Untersuchung von Einflussfaktoren bei Investitionsentscheidungen sowie Strategien zur Erwirtschaftung von Erträgen zur Deckung der Investitionskosten»	Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern
Bernhard Eicher	Spitalinfrastruktur: von PPP-Elementen profitieren	Fachmedium «Competence»
Urs Bolz, Christian Elsener	Einleitungsartikel zur Spezialausgabe PPP	Fachmedien «Competence» und «H+ Spital Forum»

Darüber hinaus standen die Vorstandsmitglieder und die Geschäftsstelle Journalisten und Medienschaffenden aus der Schweiz und aus dem Ausland mit Informationen und der Beantwortung von Fragen zu öffentlich-privaten Partnerschaften und zum PPP-Modell mehrfach zur Seite.

Daneben beantwortete der Verein eine grössere Zahl von Anfragen Interessierter aus Verwaltung und Wirtschaft sowohl aus der Schweiz als auch aus dem Ausland.

3.6. Kooperationen des Vereins

Der Verein pflegte auch im vergangenen Jahr eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit mehreren Verbänden und nationalen wie internationalen Interessengruppen. Dabei stand in erster Linie der Informationsaustausch über die Tätigkeit des jeweiligen Partners und über allfällige gemeinsame Herausforderungen im Vordergrund.

3.7. Rückblick: Erfolgreiche PPP-Weiterbildungsseminare für Verwaltungen 2013 – 2015

Die eintägigen Einführungsseminare für interessierte Mitarbeitende von öffentlichen Verwaltungen in das PPP-Modell, die der Verein PPP Schweiz 2013, 2014 und 2015 an insgesamt fünf Terminen durchführte, sind erfolgreich verlaufen. An den Veranstaltungen in Bern, Zürich und Paudex nahmen Mitarbeitende des Bundes, von Kantonen, Städten, Gemeinden und aus der Privatwirtschaft teil. Eine sechste Veranstaltung wurde ausgeschrieben, aber mangels Interesse nicht durchgeführt, weshalb der Verein diese Form der Weiterbildung nicht weiter anbot.

Gemäss Befragungen der zwischen 8 bis 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmern pro Termin haben die Anlässe die in sie gesteckten Erwartungen erfüllt. Die Gäste schätzten besonders die praktischen Empfehlungen der referierenden Experten wie auch die verschiedenen Arbeitshilfen, die die Umsetzung von PPP-Vorhaben erleichtern.

4. Mitglieder und Finanzen

4.1. Mitgliederwesen, Mitgliederwerbung

Im Jahr 2018 ist nur eine Person dem Verein beigetreten. Dagegen stehen die Austritte der BEG & Partners AG, der DKC Kommunalberatung GmbH, der Grisoni-Zaugg SA, der KPMG Schweiz und der Gemeinde Nyon.

Wir führen die Austritte einerseits darauf zurück, dass wir bereits an der Generalversammlung vom 5. Mai 2017 die Vereinsmitglieder darüber orientierten, dass der Vorstand das bislang Erreichte und die Zukunft des Vereins kritisch hinterfrage. Gleichzeitig verzichteten wir in den letzten beiden Jahren auf jegliche Aktivitäten zur Gewinnung neuer Mitglieder.

4.2. Finanzen

Der ordentliche Vereinsbetrieb 2018 schliesst trotz einem Rückgang der Einnahmen mit einem Gewinn von Fr. 29'627.92 (Vorjahr Fr. 14'861.28) ab. Dabei verminderte sich der Gesamtertrag infolge Rückgang der Mitgliederbeiträge um rund Fr. 20'000 auf total Fr. 232'671.00 (Vorjahr Fr. 252'769.56).

Der Gewinn ist in erster Linie dem konsequenten Sparkurs zuzuschreiben, der sich in der Phase der Strategiefindung des Vereins aufdrängte. Sowohl beim Informatik- wie beim Personal- und beim Veranstaltungsaufwand konnten Kosten eingespart werden.

Dies erlaubt es, auf die Erhebung von Mitgliederbeiträgen im Jahr 2019 zu verzichten, die bisherigen Aktivitäten dennoch bis zur Jahresmitte 2019 fortzuführen, die Liquidation des Vereins per Ende Juni 2019 abzuschliessen und das entwickelte Wissen auch künftig öffentlich zugänglich zu halten.

5. Organe des Vereins, Experten und Gruppe italienische Schweiz

Vorstand

Lorenz Bösch Präsident	Unternehmensberater, Mitglied der Geschäftsleitung der Hanser Consulting AG, Zürich; vormals Baudirektor des Kantons Schwyz
Niklaus Scheerer Vizepräsident	Financial Consultant, Zürich
Stefan Bingisser Quästor	Managing Director, Wealth Management & Swiss Bank der UBS AG, Zürich
Dieter Bambauer (bis 5. Mai 2018)	Mitglied der Konzernleitung der Schweizerischen Post und Leiter PostLogistics und ICT, Bern, Dr.
Urs Bolz	Unternehmensberater, Inhaber der bolz+partner consulting ag, Bern, Dr.
Jean-Hugues Busslinger	Direktor, Leiter politische Abteilung Centre Patronal, Paudex
Thomas Egger (ab 5. Mai 2018)	Finanzchef der Postlogistics AG, Bern
Urs Gasche	Alt Nationalrat, Fürsprecher/Rechtsanwalt, Partner Markwalder Emmenegger, Rechtsanwälte und Wirtschaftskonsulenten, Bern
Tobiolo Gianella	Treuhänder, Rechnungsprüfer bei der Ragim Fiduciaria SA, Lugano und wissenschaftlicher Mitarbeiter wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Università della Svizzera italiana, Lugano, Dr.
Guido Grütter	Gemeindepräsident und Mitglied des Grossen Rats des Kantons Thurgau, Münchwilen
Doris Haldner	Vorsitzende der Vertragskommission kantonales Verwaltungszentrum «Neumatt» Burgdorf; vormals Amtsvorsteherin/Kantonsbaumeisterin des Kantons Bern, Hettiswil
Andreas Lienhard	Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, geschäftsführender Direktor Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, Prof. Dr.
Hansruedi Müller	Inhaber und Gründer der Baliox AG, Wintersingen
Sven Rump	Bereichsleiter Asset Management der Mobiliar Asset Management AG, Bern
Kurt Signer	Generalsekretär des Baudepartements des Kantons St. Gallen
Hans Stöckli	Ständerat Kanton Bern, Biel
Thomas Pfisterer	Ehrenmitglied, Gründungspräsident, Prof. Dr., alt Ständerat, Aarau

Kontrollorgan des Vereins (Revisionsstelle)

Daniel Dubois	Betriebswirtschafter HSG, Leiter der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt, lic. oec.
Christian Meier	Betriebswirtschafter HSG, stv. Finanzchef und Controller der Stadt Thun, lic. oec.

Geschäftsstelle

Heinz Gut Geschäftsführer	Geschäftsführender Partner, Heinz Gut & Partner AG, Zürich
Corinne Weber	Administrative Leiterin Geschäftsstelle

Expertennetzwerk

Urs Bolz Präsident	Unternehmensberater, Inhaber der bolz+partner consulting ag, Bern, Dr.
Andreas Lienhard Vizepräsident	Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, geschäftsführender Direktor Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, Prof. Dr.
Serge Y. Bodart	Consultant Engineer, IPD – Infrastructure Project Development, Genf
Mark Cummins	Generalsekretär der Baudirektion des Kantons Zürich, Dr.
Jennifer Firmenich (bis 29. August 2018)	Stv. Geschäftsführerin der elsener+partner ag, Bern
Betty Gatti	Rechtsanwältin, Bellinzona.
Tobiolo Gianella	Treuhänder, Rechnungsprüfer bei der Ragim Fiduciaria SA, Lugano und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Università della Svizzera italiana, Lugano, Dr.
Doris Haldner	Vorsitzende der Vertragskommission kantonales Verwaltungszentrum «Neumatt» Burgdorf; vormals Amtsvorsteherin/Kantonsbaumeisterin des Kantons Bern, Hettiswil
Ansgar Kauf	Senior Expert in PPPs for Roads & Transport, Genf
Ulrich Keusen	Partner der Bratschi AG, Rechtsanwälte, Bern
Romeo Minini	Advokatur Minini, Zürich
Hansruedi Müller	Inhaber und Gründer der Baliox AG, Wintersingen
Thomas Müller-Tschumi	Rechtsanwalt bei der Walder Wyss AG, Zürich, Dr.
Michael Schultze-Rhonhof	Geschäftsführer der DKC Kommunalberatung GmbH, Düsseldorf
Thomas Wilhelm	Leiter Akquisition der Marti Generalunternehmung AG, Bern
Michael Zilkens	Leiter Portfoliomanagement Profond Anlagestiftung, Dipl. Ing., Dipl. Kfm., Dipl. Volkswirt,

Gruppe italienische Schweiz

Tobiolo Gianella Leiter	Treuhänder, Rechnungsprüfer bei der Ragim Fiduciaria SA, Lugano und wissenschaftlicher Mitarbeiter wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Università della Svizzera italiana, Lugano, Dr.
Alessandro Delorenzi	Finanzverwaltung der Stadt Lugano
Vanessa Frongillo	Bildungs-, Kultur- und Sportdepartement des Kantons Tessin, Bellinzona
Betty Gatti	Rechtsanwältin, Bellinzona
Stefano Wagner	Direktor der Studi Associati SA, Lugano

Vertreter im Konsultativrat Genfer Traversée du Lac

Nicolas Rufener	Generalsekretär der Fédération genevoise des métiers du bâtiment FMB, Genf
-----------------	--

Fachgruppe «PPP und Dienstleistungen»

Urs Bolz Leiter	Unternehmensberater, Inhaber der bolz+partner consulting ag, Bern, Dr.
Marc Brönnimann	Geschäftsführer der Viasuisse AG, Biel
Bernhard Eicher	Unternehmensberater bei der bolz+partner consulting ag, Bern
Ruedi Hausammann	Verwaltungsratspräsident und Partner bei der NOVO Business Consultants AG, Bern
Daniel Mäder	Geschäftsführer der CoOpera Sammelstiftung PUK, Ittigen
Kurt Signer	Generalsekretär des Baudepartements des Kantons St. Gallen
Bettina Simioni	Wissenschaftliche Mitarbeiterin mbA bei der Finanzverwaltung des Kantons Zürich
Thomas Walter Wälchli	Leiter Konzeption Kundenlogistik bei der PostLogistics AG, Bern
Stefan Walser	Head Government Sector, Leiter KAM-Bern bei der Post AG, Bern
Daniel Zbinden	Leiter Energiecontracting bei der EKZ Contracting AG, Dietikon

6. Berichte aus dem Expertennetzwerk und den Fachgruppen

Expertennetzwerk

Die Mitglieder des Expertennetzwerks haben sich 2018 unter der Leitung von Dr. Urs Bolz zu zwei Meetings getroffen und aktuelle Informationen ausgetauscht.

An der Zusammenkunft vom 14. März 2018 stand die Genfer Seequerung im Mittelpunkt. Nicolas Rufener, Generalsekretär der Fédération genevoise des métiers du bâtiment FMB, der den Verein im Konsultativrat der Genfer Regierung vertritt, orientierte über den Stand des gegenwärtig grössten PPP-Projekts, über die bisherige Arbeit im Konsultativrat und die nächsten Projektschritte. Dabei stellte er fest, dass das Verständnis für das PPP-Modell ausserhalb der Kantonsverwaltung kaum vorhanden sei, was sich noch als Problem herausstellen könnte. Eine Präsentation der Merkmale des PPP-Modells im «Comité stratégique» des Kantons könnte sich lohnen, da das Projekt derzeit ohne private Partner geplant ist.

Am Meeting vom 24. Oktober 2018 bildete das Thema «innovative Beschaffung» den fachlichen Mittelpunkt. Urs Bolz stellte dabei fest, dass Innovation heute noch nicht Sache des Beschaffungswesens des Bundes sei, sondern der Forschungs- und Entwicklungsförderung. Das Beschaffungswesen ist daher noch nicht auf Innovationen ausgerichtet, könnte aber durch partnerschaftliche Modelle und einen verstärkten Dialog mit Anbietern aus der Wirtschaft gefördert werden.

Rückblick: Wertvoller «think tank» seit 2006

Das Expertennetzwerk wurde 2006 zur Unterstützung des Vorstands in fachlichen Fragen ange-regt und Herrn Prof. Dr. Gerhard Girmscheid, Vorsteher des Instituts für Bauplanung und Bau-betrieb an der ETH Zürich übertragen, der die Leitung bis 2009 innehatte. Er wurde von Prof. Dr. Andreas Lienhard, geschäftsführender Direktor des Kompetenzzentrums für Public Management an der Universität Bern und Mitglied des Vorstands unterstützt. Das Ziel des Expertennetzwerks bestand darin, als Fachgruppierung eine Vordenkerrolle für öffentlich-private Partnerschaften einzunehmen und aktuelle Fachthemen aufzugreifen. 2010 wurde die Leitung Dr. Urs Bolz, da-mals Partner bei PWC und PPP-Experte der ersten Stunde, übertragen.

Das Expertennetzwerk unterstützte den Vorstand bei folgenden Aufgaben:

- Auswahl, Inhalt und Ausgestaltung der Themen auf der Wissensplattform
- Zusammensetzung des Expertennetzwerks PPP Schweiz
- Etablierung kostenfreier Erst- und Initialberatungen für interessierte Verwaltungen zu geplanten Vorhaben
- Themen und mögliche Referenten für Veranstaltungen des Vereins
- Stellungnahme zur Infrastrukturpolitik des Bundes
- Stellungnahme zum Projekt für den Ausbau des Gotthard-Strassentunnels
- Auswertung der Erfahrungen rund um das Vorhaben «Neumatt» in Burgdorf und Bereit-stellung des PPP-Praxisleitfadens
- Kontrolle und Ergänzung der Leitsätze des PPP Praxisleitfadens Hochbau im Licht der praktischen Betriebserfahrungen von «Neumatt»

Zudem erörterte der Kreis der Experten an seinen Meetings wechselnde fachliche Fragen:

- Merkmale einer PPP
- PPP und Risikomanagement
- Internationale Entwicklungen PPP – Rückwirkungen auf die Schweiz?

- Partnerschaften von Staat und Wirtschaft im Bereich E-Government und IKT
- PPP im geltenden Beschaffungsrecht
- Spitalfinanzierung
- Finanzierungsmöglichkeiten für öffentliche Investitionsvorhaben in der Schweiz
- Die Positionierung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung im Bauprozess
- Parlamentarische Optionen zur Förderung von PPP
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchung: Rückblick und weiteres Vorgehen
- Umsetzung von PPP in den Gemeinden. Wie nun konkret?
- Lebenszyklusmodell
- Baukostenüberschreitungen
- PPP im Gesundheitswesen
- Projet pour la traversée du lac de Genève
- Revision des Beschaffungsrechts des Bundes
- Innovative Beschaffung

Fachgruppe «PPP und Dienstleistungen»

Die Fachgruppe traf sich unter Leitung von Dr. Urs Bolz am 1. Februar 2018 zu einem Meeting. Dabei standen drei Fachthemen im Mittelpunkt: Dipl. Ing. Stefan Metzger, Head of Smart City bei der Post, referierte zum Thema «Smart City». Basis seiner Überlegungen bildete das 4P-Modell, das neben Public Private Partnerships auch die Bevölkerung, «People», anspricht. Dabei steht die Vernetzung von City- bzw. Lebensraum-Ökosystemen im Mittelpunkt. Die Post fokussiert sich auf vier Smart City-Initiativen (Government, Living, Logistics, Mobility) und hat sich mit SBB und Swisscom abgesprochen, um Synergien und wenn möglich Netzwerklösungen anzubieten. Gemeinsam wurde festgestellt, dass sich Smart City-Lösungen nur im Netzwerk umsetzen lassen, der Datenprotektionismus sich dabei als grosses Hindernis erweist und WTO-Vorgaben als der Innovationskiller schlechthin neue Lösungen stark erschweren.

Ruedi Hausammann präsentierte als Mitglied der Fachgruppe die Informatikplattform des Kantons Basel-Landschaft, die bei Inbetriebnahme als schweizweit erste öffentlich-private Partnerschaft in ihrem Fachgebiet galt. Dabei bildeten der Kanton und der externe Dienstleister eine Verantwortungsgemeinschaft und teilten sich die Risiken und Verantwortlichkeiten entlang ihrer Kernkompetenzen. Der Versuch, das Modell andernorts zum Tragen zu bringen, erwies sich vor dem Hintergrund der geltenden WTO-Bestimmungen leider als aussichtslos.

Bernhard Eicher, MBA, FDP-Stadtrat von Bern und Mitarbeiter im Team von Urs Bolz erläuterte, wie Social Impact Bonds am Beispiel eines privat finanzierten Bonds des IKRK zur Lösung der zunehmenden Aufgabenstellungen im Sozialbereich beitragen können.

Fachgruppen «Bau», «Finanzen», «Gesundheit» und «Verkehr»

Diese vier Fachgruppen waren 2018 nicht aktiv, leisteten aber in früheren Jahren sehr wertvolle Dienste. Sie analysierten Infrastrukturvorhaben auf ihre Eignung zur Umsetzung mit dem PPP-Modell, stellten Argumentarien für die publizistische Tätigkeit des Vereins bereit, organisierten Referenten für Diskussionen und Präsentationen und lieferten dem Vorstand wertvolle Entscheidungshilfen für mögliche Aktivitäten des Vereins. Ihre Mitglieder leisteten darüber hinaus wertvolle Beiträge zur Entwicklung der Fachschriften des Vereins.

Verein PPP Schweiz

Geschäftsstelle

Telefon +41 44 222 04 05

info@pppschweiz.ch

www.pppscheiz.ch

Verein PPP Schweiz
Geschäftsstelle
Telefon +41 44 222 04 05
info@pppschweiz.ch
www.pppschweiz.ch